

Deutschland und der geteilte Kontinent. Eine Besprechung\*

## Im Namen Europas

Es sei gleich vorweggenommen: Das «Deutschland-Buch» des englischen Historikers Timothy Garton Ash gehört in das Büchergestell aller Europa-Interessierten. Was der 1955 geborene ständige Mitarbeiter von «New York Review of Books», «New Republic», «Independent» und «Granta» auf 850 Seiten vorlegt, ist eine subtile, einfühlsame Analyse deutscher Ostpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Roland Brunner

Bereits 1990 war Timothy Garton Ash, der am St. Antony's College der Universität Oxford lehrt, aufgefallen mit seinem Buch «Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990». In diesem Band – 1991 zum politischen Buch des Jahres gewählt – dokumentierte er mit erstaunlichem Einfühlungsvermögen die Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der ostmitteleuropäischen BürgerInnenbewegungen bis hin zum Sturz der totalitären Herrschaft und des Ostblocks als ganzem. Die Essaysammlung, entstanden auf verschiedenen Reisen und längeren Aufenthalten – in engen Kontakten mit bekannten VertreterInnen der Opposition – beweist er seine Fähigkeit zur Differenzierung: die Konzeption der selbstbeschränkten Revolution in Polen (1986), die Frage nach Reform oder Revolution (1988) und andere Beiträge belegen seine intime Kenntnis der ostmitteleuropäischen Dissidentenkreise.

### Deutsche Ostpolitik von Adenauer bis Kohl

In seinem letztes Jahr veröffentlichten Deutschland-Buch geht Ash der deutschen Ostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg nach. In einem grossen Bogen von

Konrad Adenauer bis Helmut Kohl legt er offen, mit welchem Verständnis, mit welchen Konzepten – mit Kontinuitäten und Brüchen – im Nachkriegsdeutschland dem eingeblockten Osten der gemeinsamen Nation begegnet wurde – eingebettet in die internationale Politik vom Anfang bis zum Ende der Jalta-Beschlüsse.

Die deutsche Geschichte und seine Lage als «Mittelmacht» stellten Deutschland in den Schnittpunkt der Ost-West-Konfrontation. «Deutsche Auseinandersetzungen über die Ostpolitik waren Auseinandersetzungen mit der Zukunft Deutschlands.» (S. 48)

### Frieden und Stabilität statt Freiheit

Besonders kritisch geht er dabei mit der sozialdemokratischen Ostpolitik um. Die eigentliche Ostpolitik begann mit der Ära von Willy Brandt und der sozialliberalen Koalition 1969, als «deutsche Version der Détente» (S. 59). «Alles in allem war die neue Ostpolitik der frühen siebziger Jahre viel weniger die Einzelleistung Willy Brandts, als die westliche Integration der frühen fünfziger Jahre die Einzelleistung Konrad Adenauers gewesen war. Und doch war es Brandt, der es getan hat.» (S. 91) Kontinuität wurde dabei vor allem durch den langjährigen FDP-Aussenminister Dietrich Genscher gesichert.

Im Mittelpunkt der sozialliberalen Ostpolitik standen Begriffe wie «Frieden», «Stabilität» oder «Normalität». Bei dieser «Politik der kleinen Schritte» zur Anerkennung der Nachkriegs-Realitäten geriet jedoch die Freiheit unter die Räder. Mit Slogans wie «Kleine Schritte sind besser als grosse Worte» (Brandt, S. 99) wurde der Einsatz für Menschenrechte und BürgerInnenfreiheiten in Ostmittel-

europa aufgegeben. Die «Strategie des Friedens» erforderte eine «Strategie der Stabilität» der Regime – auf Kosten der oppositionellen MenschenrechtsaktivistInnen: «Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, dass sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.» (Brandt 1963, S. 102). «Wandel durch Annäherung» hiess die Devise deutscher Ostpolitik dieser Zeit. Man schickte sich ins vermeintlich Unvermeidliche: «Ich muss eingestehen, dass ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen.» (Brandt 1969, S. 210) Oder noch deutlicher der einflussreiche sozialdemokratische Publizist Peter Bender in seinem Buch «Offensive Entspannung» von 1964: «Liberalisierung der DDR verlangt Stabilisierung der DDR.» (S. 262)

### Menschliche Erleichterungen

In konspirativer Zusammenarbeit erreichte die sozialliberale Regierung so – vor allem durch die Arbeit von Egon Bahr – tatsächlich eine Vielzahl kleiner Erleichterungen für die Menschen. Vor allem die «Übersiedlung» von Ost nach West wurde in grossem Umfang ermöglicht. Im Rahmen von Familienzusammenführungen, der Auslösung von politischen Gefangenen durch Freikauf und eigenen Fluchtversuchen siedelten von 1968 bis 1983 etwa eine Viertelmillion Menschen aus der DDR in den Westen um. Von 1963 bis 1989 wurden beinahe 34'000 politische Gefangene freigekauft, mehr als 2000 Kinder mit ihren Eltern wiedervereinigt und mehr als 250'000 Fälle von Familienzusammenführung mit Regierungshilfe geregelt (S. 217). Die BRD bezahlte dafür rund 3,5 Mil-



Berlin im August 1961:  
DDR-Streitkräfte sperren die  
Sektorengrenze und beginnen  
mit dem Bau der Mauer.

liarden Mark an die DDR und finanzierte über das Imperium von *Alexander Schalck-Golodkowski* die Privilegienwirtschaft der DDR-Bürokratie in der Politbüro-Wohnsiedlung Wandlitz – verkauft von DDR-Staatschef *Erich Honecker* als «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik». Mit West-Mark sollte so der Aufbau des «Jeans- und Golfsozialismus» ermöglicht werden: «der Verkauf von Geiseln als erster Schritt zur Marktwirtschaft!» (S. 234)

## «Gleichgewicht der Kräfte»

Während aber Brandt wenigstens – aus seiner eigenen Geschichte – noch weitergehende Vorstellungen hatte, die den Einsatz für Menschenrechte beinhalteten, verkam Ostpolitik unter seinem Nachfolger *Helmut Schmidt* zum reinen Geschäft zwischen Staatsmännern: «Schmidt hatte in mancher Hinsicht eine sehr altmodische Vorstellung von Geschichte. Er meinte nämlich, Geschichte würde vor allem von «grossen Männern» gemacht. (...) Besonders enge Beziehung stellte er zum polnischen Parteiführer *Edward Gierek* her. (...) Schmidts Beziehung zu *Breschnew* war gut, fast schon sentimental.» (S. 132/133)

«Stabilität» wurde zum Schlüsselbegriff und «das Gleichgewicht der Kräfte als Schlüssel zum Erhalt des Friedens in Europa und innerhalb des gesamten internationalen Gefüges» (S. 135). Solidarität in Polen 1980 stellte diese Stabilität in Frage, und die Verhängung des Kriegsrechts durch *General Jaruzelski* am 13. Dezember 1981 wurde von der deutschen Regierung diesbezüglich zumindest ambivalent behandelt. Schmidt erklärte zur Verhängung des Kriegsrechts: «Herr *Honecker* ist genau so bestürzt gewesen wie ich, dass dies nun notwendig war.» (S. 424, Hervorhebung T.G.A.)

Aber: Die «Koalition der Vernunft» und die «Verantwortungsgemeinschaft» dürften nicht beeinträchtigt werden (S. 248). Erst mit der Mitte-Rechts-Koalition, die 1982 das deutsche Ruder übernahm, schwenkte die Sozialdemokratie – jetzt in der Opposition – auch unter dem Eindruck der Friedensbewegung und der grossen Manifestationen gegen den – von der Regierung *Schmidt* beschlossenen – Nato-Raketenstationierungs-Beschluss, zu einer klareren Haltung. Die SPD schwenkte auf Oppositionskurs gegen die Raketenstationierung («Je kürzer die Reichweiten, desto toter die Deutschen»).

## Politik für die Menschen, statt mit ihnen

Weiterhin blieben aber Treffen zwischen SPD-Spitzenfunktionären und Partei- und Regierungschefs Ostmitteleuropas die fast ausschliessliche Schiene der Ostpolitik. «Was also gebraucht wurde, war keine Revolution von unten, sondern eine Reform von oben. Die Politik der Bundesrepublik mochte für die – das heisst, im Sinne der – Menschen in der DDR gemacht werden, aber man konnte von diesen nicht erwarten, dass sie ihren eigenen Staat veränderten. Die Politik für die Menschen konnte deshalb nicht mit den Menschen, sondern nur mit den Herrschern betrieben werden.» (S. 268)

Als 1988 der Bonner Oberbürgermeister *Daniels* in der Partnerstadt Potsdam für die Entlassung der Menschen plädierte, die anlässlich der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration verhaftet worden waren («Ich trete überall ohne Scheu für die Menschenrechte ein, gleichgültig ob in Potsdam oder in Südafrika»), wurde er vom SPD-Abgeordneten *Horst Ehmke* aufgefordert, sich bei seinen ostdeutschen Gastgebern für diese Aussage zu entschuldigen! (S. 308)

Schon damals wurde diese Position kritisiert, beispielsweise von *Harold Hurwitz*: «Es ist ein in den liberalen und sozialistischen Traditionen ziemlich widerwärtiges Beispiel für Hochmut, sich einzubilden, man habe das Recht, weil man es am besten weiss, sich des Rechtes eines versklavten Volkes auf Aufstand zu bemächtigen.» (S. 269), oder von *Alois Mertes*: «Wir haben nicht das Recht zur Stabilisierung menschenrechtswidriger Herrschaft.» (ebda.)

Auch *Wolfgang Leonhard* forderte, «die Bundesrepublik sollte eindeutiger zwischen Regime und Volk unterscheiden und deutlichere Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte, Liberalisierung und Demokratisierung stellen» (S. 273/274). Oder als das SPD-nahe ARD-Fernsehen sich weigerte, das Stück von *Günter Grass* über den Aufstand vom 17. Juni 1953 «Die Plebejer proben den Aufstand» zu spielen, da dieses die deutsch-sowjetischen Beziehungen gefährden könnte, schrieb *Grass*: «Die neue Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition bringt es mit sich, dass der Stalinismus innerhalb der DDR nicht mehr kritisch angesprochen wird.» *Grass* begrüsst zwar das «richtige und gelassene Verhalten», warnt aber vor dem Trugschluss, «es könne sich demnächst eine Aussöhnung mit der SED anbahnen» (S. 310).

## Stabilisierung ohne Liberalisierung

*Ash* kritisiert, die sozialliberale Politik habe durch ihre Fixierung auf Staats- und Machtpolitik und die Vernachlässigung der dissidenten Gruppen zur Stabilisierung des DDR-Regimes beigetragen: «Die westdeutsche Hoffnung hiess: Liberalisierung durch Stabilisierung. Die Zwischenbilanz lautet jedoch: Stabi-



lisierung ohne Liberalisierung.» (S. 287) «Die Idee einer Liberalisierung durch Stabilisierung mit ihrem verhaltenspsychologischen Kern: Entspannung durch Besänftigung, war immer fehlgeleitet. Der Westen konnte nie so viel Besänftigung anbieten, dass die kommunistischen Machthaber sich entspannten, denn die inneren Spannungen dieser Staaten waren durch das Wesen ihrer Systeme und nicht durch die äusseren Spannungen des Kalten Krieges bedingt.» (S. 537)

Sozialliberale Politik half mit, die Dissidenten in die «Nischengesellschaft» zu verdrängen, wo sie «keine unmittelbare Bedrohung für die Diktatur» mehr waren (S. 288). Ash betont aber andererseits auch, dass die von der sozialliberalen Regierung erreichten Reiseerleichterungen teilweise zur Destabilisierung der DDR beigetragen hätten. Die vervielfachten Kontakte zwischen Ost und West – über Besuche, Radio und Fernsehen – hätten zur «Mauerkrankheit» und dem Ausbluten der Opposition geführt, aber eben auch zu vermehrten Kontakten und Austausch.

Trotzdem: die westdeutsche Politik lag falsch. Was im November 1989 geschah, wiederlegte den Ansatz der Reform von oben. «Dies war kein Wandel durch Annäherung, sondern ein Wandel durch Auflehnung», schrieb der *Robert Leicht* in der «Zeit» (S. 301). «Die Befreiung erfolgte durch Destabilisierung.» (ebenda)

### Wandel durch Auflehnung . . .

«Die Lehren aus den Erfahrungen anderer sozialistischer Staaten, ja anderer Diktaturen überhaupt in der Geschichte, war jedoch, dass ein gewisses Mass an Spannungen, Opposition, Konflikt und sozialem Druck von unten die notwendige (wenn auch natürlich nicht hinrei-

chende) Bedingung für einen Wandel war. Diese Lehre hatten die besten politischen Denker Ostmitteleuropas, wie Kolakowski und Michnik, Havel und Kis, bereits aus der Niederschlagung des Prager Frühlings gezogen. «Revisionismus», Wandel durch Reform von oben, initiiert von einer aufgeklärten Partei, würde niemals ausreichen. In dieser Hinsicht hinkten die Sozialdemokraten der Zeit um ein Jahrzehnt hinterher. Sie belebten die Hoffnung auf Revisionismus als Mittelpunkt ihrer Strategie zu einer Zeit, in der die Revisionisten in Osteuropa sie gerade aufgaben.» (S. 538) Und für Ash stellt die Frage, «ob die Politik der Bundesrepublik nicht auch zu jener Demoralisierung der Menschen in der DDR, die während und nach der Vereinigung so deutlich zum Ausdruck kam, beigetragen hat.» (S. 306)

### . . . oder «Normalisierung»?

Sozial-liberale Politik verzichtete also zugunsten des «Friedens» auf die «Freiheit». Aber: «Ohne inneren Frieden, das heisst, Frieden zwischen den Bürgern und zwischen Bürgern und Staat, kann es keine Garantie auf äusseren Frieden geben» schrieb Vaclav Havel 1985 (S. 26). Die «Normalisierung» der deutschen Ostpolitik lief parallel mit der «Normalisierung» à la Husak in der Tschechoslowakei. Selbst zehn Tage vor dem Sturz Honeckers wurde dieser und die Stabilisierung der DDR noch von Egon Bahr verteidigt.

Während die Oppositionellen in Osteuropa nach dem Einmarsch der Sowjetunion gegen den Prager Frühling 1968 die Hoffnung auf eine Reform des Systems von innen aufgaben, setzte sozialliberale Politik gegen die Ost-Oppositionellen genau auf diese Reform: «Insofern die westdeutsche Politik Spannungen

zwischen Parteistaat und Gesellschaft erkannte, behauptete sie, dass Verbesserungen nur mit den Machthabern erreicht werden könnten und nicht gegen sie. Sogar die Einhaltung der «Menschenrechte» könnten nur mit und nicht gegen die jeweiligen Mächte durchgesetzt werden.» (S. 413) Die Logik, «man muss den Status quo anerkennen, um ihn zu überwinden», führte in der sozialliberalen Politik zur Logik: «Man muss die Demokraten ignorieren, um die Demokratie zu fördern!» (S. 417). «Die vergebliche Hoffnung der Reformen in Osteuropa, die Vorstellung, «89» könnte «68bis» werden, teilten die Sozialdemokraten mit Gorbatschow.» (S. 499)

### Die Macht der Machtlosen

«Der «deutsche Realismus», von dem Brandt 1973 gesprochen hatte, war in der Tat in vielerlei Hinsicht realistisch. Doch er unterschätzte den Wert der Opferbereitschaft, den tieferen Realismus der Idealisten, selbst den von Träumern wie Dienstbier und Havel. Der realistische Blick auf die Macht der Mächtigen übersah die Macht der Machtlosen. Das Jahr 1989 konnte sich diese Philosophie nicht vorstellen.» (S. 545f)

Ash kritisiert die staatsfixierte Politik Westdeutschlands, die die oppositionellen Kräfte der Forderung nach Stabilität opferte: «Regierungen haben es immer mit Regierungen zu tun, was im Fall der Sowjetunion und Osteuropas unausweichlich bedeutete: mit den kommunistischen Machthabern. Aber diese Machthaber waren keine gewählten Vertreter ihres Volkes, sondern lagen mehr oder weniger ständig im Konflikt mit ihren Völkern. Suchte man also die Versöhnung mit den Machthabern, so half dies nicht notwendigerweise auch der Aussöhnung mit ihren Untertanen.» (S. 445) Während die

SPD mit der SED brüderliche Gespräche führte und West-Regierungen mit Ost-Regierungen über Milliardenkredite verhandelten, wurden die Umweltbibliothek in der Zionskirche durchsucht und DemonstrantInnen in Haft geschmissen. Oder wie es der alte und neue tschechisch-slowakische Dissident *Petr Uhl* bei einer Veranstaltung der BRESCHÉ in der Schweiz ausdrückte: «Während dissidente linke Gruppen im Westen uns unterstützten, als wir in den Kerkern des Sozialismus hockten, haben die Regierungen des Westens mit unseren Kerkermeistern Handel getrieben und Geschäfte abgeschlossen.»

## Sicherheit statt Politik

Als Triebkraft dieser Politik definiert Ash die innenpolitische Bedeutung solcher «Gipfeltreffen»: «Sozialdemokratische Spitzenpolitiker von Gorbatschow und Honecker empfangen zu lassen, bedeutete in den achtziger Jahren auch, an Glaubwürdigkeit im eigenen Land zu gewinnen.» (S. 485) Dieser Profilierungszwang der SPD in der Opposition paarte sich mit der «gouvernementalen und etatistischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie» (ebda.).

Ein «prinzipienloser, parteipolitischer Opportunismus» habe sich so entwickelt (S. 495), der dem Glaube nachhing, dass «Sicherheit der Schlüssel zu allem» sei (S. 497). Egon Bahr selbst zieht Anfang 1990 kritisch Bilanz: «Der wirkliche Irrtum bei mir war, das sehe ich jetzt, in den letzten 35 Jahren immer geglaubt zu haben: Da der Kern des Ganzen die Sicherheit, die Machtfrage, ist, muss man dafür sorgen, dass es Kriege nicht mehr geben kann. Dann wird die Politik und alles andere hinterherkommen. Einschliesslich der deutschen Einheit, einschliesslich der Überwindung der Spaltung Ost und

West in Europa. Das war falsch. Die Politik hat die Sicherheitsfrage überholt.» (S. 498)

## Mitverantwortlich für die «Doppelohnmacht»

Mit ihrem Willen zur Stabilisierung habe aber die Regierung zum Zusammenbruch «contre coeur» beigetragen: «Anstatt zu Reformen der ostdeutschen Wirtschaft beizutragen, ermöglichte es (die "Lösegeldzahlungen", R.B.) der DDR, ohne signifikante wirtschaftliche und politische Reformen weiterzumachen. Und genau dieser Mangel an Reformen trug dann schliesslich dazu bei, dass der Zusammenbruch so abgrundtief und total erfolgte.» (S. 539)

Mit ihrer Fehleinschätzung verschlief die SPD jedoch die Vereinigung und eine eigenständige politische Rolle darin. «Der Runde Tisch der DDR (...) regierte für eine Weile neben der Modrow-Regierung, in einer Art "Doppelherrschaft", um Trotzki's Begriff zu gebrauchen. Doch bis Ende Januar war es dann eher zur Doppelohnmacht gekommen. (...) Auf diese Herausforderung schien es nur zwei Alternativen zu geben: Die endgültige Trennung oder die endgültige Vereinigung. Tertium non datur!» (S. 507)

## Deutsche Europapolitik

In seinem Epilog stellt Ash die Vereinigung Deutschlands in den Rahmen der Vereinigung von Europa und der neuen Rolle Deutschlands in diesem Einigungsprozess. Deutschland war wieder «zu gross für Europa, zu klein für die Welt», wie dies Henry Kissinger definierte (S. 562). Deutschland wollte «normal» werden, ein «normales» europäisches Land – und besetzte damit die

Europapolitik: «Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft.» (Kohl, S. 564) «Deutsch und europäisch gehören jetzt und hoffentlich für alle Zukunft zusammen.» (Brandt, S. 565)

Ash fragt, wer und was denn dieses Europa sei: «In der Tat hatte die EG die heiligen Egoismen von Nationen, Regionen, ja selbst der einzelnen Industrien und Sektoren, eher angehäuft als überwunden.» (S. 570) Wie sollte dieses Europa Deutschland vor sich selber retten? Europa vertiefen? Europa erweitern? Ash meint: «Der vielleicht grösste Fehler des Maastrichter Vertrages war, dass er nichts über das übrige Europa, das an die Tür klopfte, zu sagen wusste.» (S. 578) Deutschland spiele bisher eine zwiespältige Rolle in seiner Europapolitik – und damit bleibt die Einigung Europas zwiespältig.

Das 856seitige Buch beinhaltet im Anhang einige Karten, ein Namensregister, eine zehnteilige Literaturliste, eine ausführliche dreissigseitige Zeittafel und einen 200seitigen Anmerkungsapparat. Die Anmerkungen, die oft nützliche Ergänzungen und Quellenhinweise enthalten, stören die Lektüre des flüssig und unprätentiös geschriebenen 600seitigen Haupttextes nicht, da ganz auf Anmerkungsnummern verzichtet wurde. Das Buch liest sich leicht, geschrieben mit schriftstellerischer Qualität. Eigentlich wäre dem Buch ein zweiter Band zu wünschen, der all die im Text erwähnten, meist unzugänglichen Quellen – oft aus Privatarchive – nachliefern würde. Vor allem aber ist diesem Buch zu wünschen, dass es in die Diskussionen um die Gestaltung einer verantwortlichen, solidarischen Weltinnenpolitik einfliesst.

\* Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Carl Hanser Verlag, 855 Seiten, München/Wien 1993.